Sehr geehrte Damen und Herren,

in meinem Vortrag möchte ich über die Situation in drei osteuropäischen Ländern – in Polen, in Russland und in meiner alten Heimat, in der Ukraine sprechen. Alle drei gehörten zum ehemaligen Ostblock, eins davon – Russland – gilt sogar bis heute als sein geopolitischer Schatten. Ein weiterer Grund, diese Länder in einem Vortrag zusammenzubringen, ist ihre enge historische Verflechtung. Anfang des 17. Jahrhunderts war Polen sogar so weit, einen flüchtigen Mönch, den sog. Pseudodemetrius mit der Tochter eines galizischen Bojaren zu verheiraten und auf den russischen Thron zu hieven. Das Unternehmen scheiterte mit einem großen Nachhall in der Kulturgeschichte Russlands, prägte aber schon sehr früh die bedrohliche Wahrnehmung des Westens und nicht zuletzt der Ukraine, aus der die Protagonisten dieser internationalen Affäre der frühen Neuzeit stammten; dieses russische Gefühl der Bedrohung durch den Westen – reell oder virtuell, mit Ukraine als einem verräterischen Bruder – wird uns später noch beschäftigen.

Für die Erschütterungen dieses abenteurlichen Interregnums – die innen- und außenpolitischen Turbulenzen, die Anarchie, Hunger, Invasion und Krieg – wurde in der russischen Kultur ein eigener Epochenbegriff – *smuta* (eine trübe Zeit) – die Zeit der Wirren geprägt, verewigt in Aleksander Puschkins Tragödie „Boris Gudunov“ (1825) und in der gleichnamigen Opera von Modest Musorgskij (1869/72). Dieser Begriff bzw. die dahinter stehende Angst vor Anarchie, Zerfall und Invasion sollten eine erstaunliche Konstante der russischen Geistesgeschichte bleiben und sich auf das Denken und Handeln der heutigen russischen Führung auswirken. So taucht der Begriff der „wirren Zeit“ auch als Epochenbegriff auf – als Synonym für die „wilden 1990er“: die traumatische Auflösung der Sowjetunion, für den wirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Kollaps, die Etablierung der Oligarchie und nicht zuletzt auch als Bezeichnung der blutigen Umverteilungskämpfe und des Bandenkriegs, der die Städte und Dörfer des postsowjetischen Raumes seit Beginn der 90er Jahre überschwemmte. Es sei an dieser Stelle erwähnt, dass ein großer Teil der Popularität Vladimir Putins eben der Vorstellung entstammt, er habe den „wilden Neunzigern“, der Zeit der postmodernen *smuta* ein Ende bereitet und sowohl die Integrität als auch das internationale Ansehen Russlands wiederhergestellt.

Schon knapp zwei Jahrhunderte nach dem mißglückten polnischen Versuch, einen Satellitenherrscher in Moskau zu installieren, änderten sich die historischen Geschicke so weit, dass ein beachtliches Teil Polens für mehr als hundert Jahre unter die russische Herrschaft kam. Die Ukraine war wiederum ein Gebiet, das beide Länder zugleich verband und trennte; Ukraine – wie die Namensetymologie schon besagt, ein Land am Rande, ein Grenzland von beiden mächtigen Herrschaftsgebieten, der polnischen Adelsrepublik und vom russischen Zarechnreich. Während sich der ukrainische Westen unter dem Einfluss der Polen, der Habsburger, Ungarns und Rumäniens entwickelte, wurde die Zentral-, Süd- und die Ostukraine zum Herzstück des russischen Imperiums – im 20. Jahrhundert sogar zu ihrem industriellen Herzen, zu einem Schauplatz eines regen kulturellen Austausches zwischen den Kulturen des Vielvölkerreiches, geschweige denn einer Arena der russischen Hochkultur, z. B. der sog. „südrussischen Schule“, zu der vor allem Autoren aus dem multikulturellen Odessa wie Isaak Babel, Valentin Katajev, Jevgenij Il’f oder Aleksandr Grin gehörten. Aber auch zum Exportland für hochkarätige Parteifunktionäre – von Chefs des berüchtigten KGB bis zu den Generalsekretären der kommunistischen Partei. Die Ukraine war ein Raum auch der polnischen Kolonisierung, der *kresy*, ein Sinnbild des „Goldenen Zeitalters“ der polnischen Adelsrepublik und ihres multikulturellen Reichtums, aber auch der Ursprung seines Mythos einer *antemurale christianitatis* – eines Bollwerks gegen den Islam.

Neben zahlreichen historischen Verflechtungen zwischen diesen Ländern, verbindet sie aber auch eine tiefe Krise. Einerseits hat sie mit dem Erbe des Staatssozialismus zu tun. Andererseits auch mit globalen Tendenzen und Antworten, die auf die alten und neuen Herausforderungen gefunden werden.

Ein besonders trauriges Kapitel dieser Krise ist die Tatsache, dass es zwischen den ehemaligen „Brudervölkern“ Russen und den Ukrainern, den „ungleichen Brüdern“ (A. Kappeler) sogar zu einem Krieg gekommen ist, der die Nachkriegsordnung Europas erschütterte und zeitweise die atomaren Alpträume des Kalten Krieges wieder auferstehen ließ. Selbst das wirtschaftlich und politisch erfolgreichste unter ihnen, Polen, das einstige Muster der Freiheitsliebe und Zivilcourage erlebt trotz beachtlicher Transformationsleistungen eine paradoxe Rückkehr autoritärer politischen Handlungsmuster, eines ultrakonservativen Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit. Und damit komme ich, meine Damen und Herren, zum ursprünglichen, polemisch zugespitzten Titel meines Vortrags – „Ukraine, Polen und Russland: Geiseln der Vergangenheit, Stiefkinder der Gegenwart“, den ich in Rücksprache mit meinen Grazer Gastgebern etwas abgeschwächt habe. Aber gerade wegen seines metaphorischen Charakters und polemischer Aufladung fängt er meines Erachtens die Situation in diesen Ländern (und vielleicht auch westlicher des alten Eisernen Vorhanges!) gut ein.

Trotz aller positiven Entwicklungen und gravierenden Wandels haben viele Menschen in diesem Teil Europas das Gefühl, auf der Verliererseite zu stehen. Die Träume vieler russischer und ukrainischer Bürger von einem menschenwürdigen Leben in einem Rechtsstaat und in einer Marktwirtschaft „mit sozialem Antlitz“ haben sich nicht erfüllt. Vielmehr endeten sie für viele Russen in einem Alptraum eines zunehmend autoritären und militaristischen Staates, der von der Clans aus der Exekutive kontrolliert wird; für viele Ukrainer – in einem nicht minder alptraumartigen Ausgang der letzten Musterrevolution, des Euromaidans, der zum Verlust der Krim, zum Krieg im Osten des Landes und zu der darausfolgenden Verarmung und Migration führte. Aber auch in Polen fühlen sich die Menschen von der EU, vor allem von Deutschland, von Russland und Einwanderung bedroht und sind bereit, für das Versprechen der Sicherheit, die hart erkämpfte Demokratie und den Rechtsstaat aufs Spiel zu setzen.

Die besagten Träume russischer, ukrainischer und teilweise polnischer BürgerInnen und Bürger kann man auch als ein Versprechen der Moderne auffassen – so wie sie in den Idealen der europäischen Aufklärung – Freiheit, Emanzipation, Toleranz, kritische Vernunft formuliert und später in den liberalen Demokratien weltweit verwirklicht wurden. Trotz dieser Erfolgsgeschichten wächst in diesen drei Ländern ein Gefühl der Bedrohung von innen und außen, und als Reaktion – eine Sehnsucht nach dem starken Mann bzw. nach einer Partei, Bewegung, die eine nationale Solidaruitätsgemeinschaft stiftet und für Sicherheit (Ein äußerst umstrittener österreichischer Politiker sprach von „Intimität“...) und Halt in einer unübersichtlichen globalen Welt bieten könnte. Aus diesem Grund erlaubte ich mir, diese Länder als „Stiefkinder der Moderne“ zu bezeichnen; ihre Gesellschaften werden von einem Gefühl verfolgt, in der neuen Weltordnung benachteiligt, abgehängt zu sein. Im Folgenden werde ich versuchen, die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gründe dieser Entwicklungen zu skizzieren.

Dennoch wird der Schwerpunkt meines Vortrages, wie der Titel schon suggeriert, immer wieder die Verstrickung mit der Vergangenheit sein – der Einfluss der Geschichte bzw. der Geschichtspolitik auf die Gegenwart dieser Länder. Warum bezeichnet man in russischen Lehrbüchern Stalin als „einen erfolgreichen Manager“? Warum verwenden die polnischen Rechtsradikalen immer häufiger das Zeichen der „kotwica“, des Ankers, des Symbols des polnischen Widerstandes gegen die deutsche Besatzung? Und warum erklären die Ukrainer zu ihren Helden historische Figuren, die keine waren und die Konflikte mit ihren Nachbarn anfeuern?

Meine starke These ist, dass die Erosion der Demokratie und des Rechtsstaats in den genannten Ländern mit einem verzerrten Bild der eigenen Vergangenheit und ihrer mangelnden Aufarbeitung zu tun hat. Demzufolge betrachten diese Gesellschaften die wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen der Gegenwart durch die Brille ihrer historischen Traumata und finden Antworten, die wenig mit Rationalität und Frieden zu tun haben. Die unreflektierten historischen Handlungsmuster führen aber zu einer Verschärfung der Krise und schaffen ein geistiges Parallelleben, das diese Gesellschaft wie einem historischen Computerspiel isoliert.

Meinen Polen-Teil möchte ich mit einer Geschichte beginnen, ohne die ich wahrscheinlich vor Ihnen nicht stehen würde. Im Winter 1990 kaufte ich mit meiner Mutter zwei Koffer Waren ein, soviel wir beide eben tragen konnten: Kinderschuhe, Bettzeug, Buttermaschine und natürlich paar Flaschen Vodka ein, und fuhren von Lemberg über die Grenze, auf den Markt der polnischen Stadt Rzeszów. Die Reise ins 160 westlicher gelegene Rzeszów daurte mehr als 8 Stunden, sechs davon in klirrender Kälte an der Grenzkontrolle am Bahnhof Przemyśl verbracht. Dennoch konnten wir von den damals erwirtschafteten 40 US-Dollar nicht nur meine erste Banane oder Cola-Dose kaufen, die ich mangels entsprechender Kenntnisse mit einem Messer in Lemberg öffnete. Vom Restgeld wurde der Privatunterricht mit einer Professorin der Uni Lemberg bezahlt, die mich auf die Aufnahmeprüfung an der Lemberger Germanistik vorbereitete.

Die heutige Entwicklung in Polen kann man am besten verstehen, wenn man in die Zeit dieses gewaltigen Umbruchs zurückkehrt. Der Grund, warum wir damals unser erstes (und letztes!) Geschäft des Lebens machen konnten, lag in der großen Versorgungskrise, die Polen erlebte. Wie mein polnischer Cousin Tomek aus dem polnisch Sczczecinek, zu deutsch Kleinstettin, berichtet, waren die Lebensmittel, Benzin und z. B. Zigaretten nur gegen Kontingentkarten zu bekommen; seine erste Schokoladepralinen bekam er, ich traute meinen Ohren nicht, aus dem sowjetischen Militärladen „Vojentorh“ im benachbarten Ort, der aufgrund der dort stationierten Raketeneinheit auf der Karte gar nicht aufscheinen durfte. Ein anderer Freund Marek berichtete, dass seine Mutter, die einen kleinen Greißlerladen besaß, den gelieferten Kaffee nur in Anwesenheit einer öffentlichen Kommission verkaufen durfte, die auf einer kleinen Bank im Geschäft residierte und über die gerechte Portionierung des kostbaren Getränks wachte.

Paar Jahre später, Anfang der 1990er Jahre änderte sich die Situation so dramatisch, dass es nun die Ukrainer waren – z. B. meine beiden Onkel, beide Berufsmusiker, die mit ihrem in der Ukraine gebauten Minauto „Zaporožec’“ nach Polen fuhren, um Schokolade, Wurst, Baumaterialen und sogar Zwiebel einzukaufen und sie dann in ukrainischen Kiosks und Märkten en gros weiterzuverkaufen. Der Grund für dieses Versorgungswunder waren die teifgreifenden Reformen, die die polnische Regierung unter dem Finanzminister Leszek Balcerowicz im Dezember 1989 vornahm. In die polnische Geschichte sind sie unter dem Begriff „Schocktherapie“ eingangen. Dazu gehörte die völlige Freigabe der Preise, Verringerung der Inflation, Schließung maroder Staatsbetriebe, Legalisierung ausländischer Investitionen und die Stabilisierung des polnischen Złoty. Innerhalb kürzerster Zeit kamen wieder einheimische und westliche Produkte aus der Schattenwirtschaft auf den polnischen Markt, bei vielen herrschte auch eine Aufbruchsstimmung – in der Ukraine wurde damals der polnische Unternehmergeist zu einem geflügelten Wort. Zu den Verlieren gehörten hauptsächlich Mitarbeiter staatlicher Großbetriebe, landwirtschaftlicher oder industrieller Natur, die von einem Tag auf den anderen ins soziale Prekariat entlassen wurden. Es gehörte zur bitteren Ironie der Geschichte, das die Entlassungen durch Privatisierung besonders hart die Wiege der demokratischen „Solidarność“-Bewegung – die legendäre Lenin-Werft in Gdańsk (Danzig) trafen, von 15,760 Arbeitern 1978 blieben 2007 nur 3000 übrig. Viele dieser Menschen folgten den Migrationswellen der 1980er Jahre vor allem in die BRD, einige fühlten sich vom Staat an das neue Wirtschaftssystem ausgeliefert.

Die weiteren Kapitel der polnischen Erfolgsgeschichte sind hinreichend bekannt – Forsetzung der Reformen, Hebung des Lebensstandards, 2004 Eintritt in die EU und ein solides wirtschaftliches Wachstum: Anfang 2000er Jahre waren die meisten Baumaterialien und Lebensmittel, die in den ukrainischen Geschäften verkauft wurden, polnischer Provinienz. Ihre heißbegehrte IKEA-Möbel müssen die Ukrainer noch heute bei geschäftstüchtigen Vermittlerunternehmen bestellen, die sie aus den polnischen Filialen in die ukrainischen Städte bringen. Polen profitierte auch von seiner Transitlage – bis vor kurzem nutzte ich und viele meiner Bekannten polnische Verkehrsmittel, um an die ukrainische Grenze zu kommen; ein Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwungs waren auch der wachsende Strom polnischer Touristen und Investionen in die einst polnischen und heute nun westukrainischen Gebiete und Städte wie Lemberg, Tarnopol, oder Stanislau (Ivano-Frankivsʼk).

Ohne den polnischen Unternehmergeist würde ich heute woanders stehen. 1996 kamen Marek und Klara nach Lemberg und engagierten mich als Reiseführer für ihre deutschen und polnischen Gäste. Dank dieser Arbeit geriet ich zum ersten Mal in Berührung mit der multikulturellen – jüdischen, polnischen und österreichischen – Vergangenheit Galiziens; in einer Woche verdiente ich 100-200 DM, den zweifachen Monatsgehalt meiner Akademiker-Eltern. Marek, der paar Jahre zuvor ein eigenes Reisebüro in Kraków gründete, hatte seine Kunden von Klara, die Anfang der 1980er Jahre nach Berlin ging und nun über ihren Verein in Charlottenburg Bildungsreisen nach Osteuropa organisierte. Mareks Unternehmen blühte seit Beginn der 1990er auf und gehört zu den bekanntesten Krakauer Incoming-Reisebüros, beschäftigt ein Dutzend Mitarbeiter. Marek selbst besitzt zwei schöne Wohnungen am Weichselufer und gehört eindeutig zu den Gewinnern der polnischen Transformation.

Inzwischen zog ich zum Studium in den Westen und traf Marek gelegentlich auf der Durchreise. Als ich 2013 zum katholischen Weihnachten kam, zeigte er sich zum ersten Mal enttäuscht über die politische Situation im Lande. Als Grund gab er die Überheblichkeit der neuen liberal-demokratischen Eliten und die Angst an, dass sie die Interessen der Polen gegenüber den ausländischen Investoren, allen voran Deutschland nicht schützen würden. Aus der ukrainischen Perspektive konnte ich seine Klage nicht gleich nachvollziehen, aber seit dem EU-Beitritt setzten sich einige Trends der frühen 1990er Jahre fort. Einerseits entstanden große und reiche Wirtschaftzentren und Ballungsgebiete um Metropolen wie Warschau, Posen und Krakau, andererseits standen sie den strukturschwachen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und sozialen Problemen gegenüber, die bei den Wahlen 2015 die rechtskonservative Partei „Prawo und Sprawedliwość“ wählten. Zum ersten Mal hörte ich, dass es eine „Polska A“ und „Polska B“ gibt.

Mareks Wahlentscheidung überraschte mich insofern, als er, der selbst als Reiseführer in Ausschwitz arbeitete, mir den Zugang zur polnischen und jüdischen Geschichte Lembergs vermittelte und über die Schattenseiten des nationalen Denkens sehr wohl Bescheid wusste. Zugleich konnten die Phänomene der ungleichmäßigen Entwicklung des Landes ihm, der in Krakau an der berüchtigten sozialen Weichsel-Grenze lebte, nicht entgehen. Zumal Marek ein gemäßigter Katholik war, der selber ein Waisenkind in seine fünfköpfige Familie aufnahm und sich zunehmend an der sozialen Polarisierung der Gesellschaft störte. Sein Solidaritätkonzept stand sicherlich unter dem Einfluss der katholischen Dissidenz und Barmherzigkeit, die in Polen eine große Tradition haben. Zugleich waren es auch solche Sender wie das ultrakonservative „Radio Maryja“, das die Finger in die Wunden der neuen Wirtschaftordnung legte. „Radio Maryja“ prangerte nicht nur die soziale Atomisierung infolge der schockartigen Liberalisierung, sondern auch die Modernisierung der Gesellschaft an und stellte sich offen gegen kulturelle und ökonomische Einflüsse aus dem Ausland. Als Basis des sozialen Zusammenhalts sah die katholische Kirche einerseits die Rückkehr zum christlichen Glauben und andererseits – die Stärkung nationaler Eigenständigkeit, vor allem die Vorstellung, dass die Sicherheit und Solidarität nur im Rahmen eines nationalen Kollektivs garantiert werden kann; nur wer Pole, Katholik und Anhänger der PiS ist, vermag für die Interessen der anderen Mitbürger zu sorgen; viele polnische Kanzeln wurden somit zum Ort der politischen Indoktrinierung.

Ihre sozialen Versprechen versuchte die von der Kirche unterstützte PiS mit einer Reihe von populistischen Maßnahmen zu realisieren, z. B. über das bekannte Kindergeld 500+-Programm oder die Freistellung von Medikamenten für Personen über dem 75 Lebensjahr; sie alle gaben dem kleinen Mann und Frau das Gefühl, wieder gehört zu werden und endlich eine handlungsstarke Partei an der Führung Polens zu sehen.

Nun komme ich zum zweiten Titelteil – zum Einfluss der Vergangenheit auf die Gegenwart. Parallel zur wachsenden EU-Skepsis, der Polarisierung der Gesellschaft und Angst vor innerer und äußerer Bedrohung war für einen Kulturwissenschaftler gerade das steigende Engagement mit der Geschichtspolitik bemerkenswert. Man konnte ein interessantes Paradox beobachten: Je akuter die Sorgen der Gegenwart, z. B. die Ängste vor dem Verlust der nationalen Identität, der nationalen Souveranität durch Globalisierung, desto wichtiger die historischen Themen. Je größer die Skepsis gegenüber der EU und Deutschland, desto wichtiger die Erinnerung an den Widerstand gegen die Nazis, z. B. an den Warschauer Aufstand, dessen Symbol, der Anker, auf vielen polnischen Autos und T-Shirts zu sehen ist. Ohne Zweifel hatte Polen enorme menschliche und wirtschaftliche Verlüste während des Zweiten Weltkrieges zu beklagen, aber in den neuen Bildern der Vergangenheit wurde ihr Kampf noch mehr zugespitzt und auf eine seltsame Weise aktualisiert. Seinen Höhepunkt erreichte der neue Helden-, Märtyrer- und Verteidigungskult nach der Flugkatastrophe von Smolensk. Als die polnische Delegation im April 2010 des Massakers an polnischen Offizieren in Katyn gedenken wollte, passierte das furchtbare Flugzeugunglück, bei dem eine große Delegation prominenter Politiker, Beamten und Militärs, darunter auch der Präsident Lech Kaszyński ums Leben kam. Jahrelang spekulierte die PiS mit diesem Unglück, schürte und nutzte antirussische Verschwörungstheorien im Wahlkampf, um die PO der Lüge und sogar des Hochverrats zugunsten Russlands zu bezichtigten. Dabei blendeten der Präsidentenbruder Jarosław Kaczyński und seine Anhänger aus, dass laut den Cockpitaufnahmen der Zwang zur Landung vom Präsidententeam ausging, das am Erinnerungsort noch vor dem Parlamentsvorsitzenden Bronisław Komorowski ankommen wollte. Damit rückt diese Katastrophe in ein besonders heikles Licht, das sowohl mit dem politischen Konkurrenzdenken als auch mit dem nationalen Trauma zu tun hat. Das Flugzeugunglück mutet daher als dessen zwanghafte Wiederholung an, die diesmal auch durch den nationalistischen Eifer motiviert wurde.

Die historischen Traumata scheinen zunehmend auch politisches Handeln zu beeinflussen. In den letzten Jahren förderte die Regierung den Kult der sog. „żołnierzy wyklętych“, polnischer Soldaten, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Ausrufung der polnischen Volksrepublik (PRL) einen erbitterten Kampf gegen die neuen kommunistischen Behörden führten. Auf den ersten Blick wirkt die Beschäftigung mit den antikommunistischen Guerillas als Fortsetzung der Aufarbeitung totalitären Vergangenheit. Beim näheren Hinsehen offenbart sie aber keine kritische Distanz zum Gegenstand des Gedenkens, im Gegenteil läuft sie auf eine einseitige Glorifizierung und Viktimisierung des umstrittenen Partisanenkriegs hinaus. Vielmehr scheint die Popularisierung der „verstoßenen Soldaten“ ein Handeln zu legitimieren, das keine Kompromisse kennt und die Frage nach den Konsequenzen des Kampfes, nach seinem Preis für die Bevölkerung nicht mehr stellt. Aus kulturwissenschaftlicher Sicht ist die Rehabilitierung dieses tragischen Kapitels der polnischen Geschichte kein Zufall, sondern ein konsequenter Versuch, einen politischen Handlungshorizont in der Gegenwart zu etablieren, in dem ein Denken in schwarz-weiß Kategorien, eine Dämonisierung der Opponenten und ein verbitterter Kampf gegen ihn als Selbstzweck wieder legitim erscheinen. Es erübrigt sich zu sagen, dass gerade diese Kompromißlosigkeit in der Beurteilung der polnischen Vergangenheit, die auch in der jüngsten Kampagne gegen den ehemaligen Präsidenten Lech Wałęsa gipfelte, die Kompromißlosigkeit im politischen Tagesgeschäft fördert. Das Streben nach Machtkonzentration, Diskreditierung der Opposition und Verschwörungstheorien gehören zweifelsohne zu den Markenzeichen des Regierungsstils der PiS-Partei gehören. Die systematische Marginalisierung der Opposition auch bei der diesjährigen hundertjährigen Gedenkfeier der Unabhängigkeit am 11. November, die zur Machtdemonstration der regierenden PIS-Partei genutzt wurde, ist hier besonders bezeichnend.

Dabei kommen einem geschichtskundigen diese Muster bekannt vor, z. B. verdichtet in der Gestalt des polnischen Marschalls Józef Piłsudski. 1919 waren die Legionen von Piłsudski für das sog. „Wunder an der Weichsel“ verantwortlich, einen vernichtenden Sieg über die Truppen der Roten Armee unter der Führung vom Marschall Budjonnyj; ein Ereignis, das die Träume sowjetischer Führung auf den Export der Revolution zerschlug. Trotz dieser Verdienste war es ausgerechnet Piłsudski, der mit seiner ungebrochenen Autorität als Vater der Nation die junge polnische Demokratie aufs Spiel setzte, indem er im Mai 1926 die Regierung von Wincenty Witos zum Rücktritt zwang und bis 1935 de facto als Diktator regierte. Bei den Wahlen 1930 wurden die führenden Oppositionspolitiker gar verhaftet und Wahlergebnisse manipuliert, um eine Mehrheit für die amtierende Regierung zu sichern. Obwohl diese Politik von der wichtigsten Oppositionspartei, den Nationaldemokraten, kritisiert wurde, näherten sich beide Lager in ihrem Staatsvertständnis. Nach Piłsudskis Tod machte sein Kurs eines unbedingten Staatspatriotismus, der auch ein gewisses Integrationsangebot an die Minderheiten enthalten hatte, Platz zugunsten eines polnischen Nationalpatriotismus, der die Assimilation der slawischen Minderheiten ins Polentum und eine Ausgrenzung der Juden anvisierte.

Die Mißachtung gegenüber den demokratischen Verfahren und das Mißtrauen gegenüber dem kulturell Anderen zeichnet auch den Regierungsstil der PIS, die ihre Vorgehensweise immer wieder mit den Interessen des Volkes legitimiert, nach dem Motto, das Volk bzw. sein Wille sei das Recht, weniger die Verfassung. Und darin besteht das größte Problem der jetzigen polnischen Führung: nicht die populistischen Maßnahmen, die eine wachsende Wirtschaft noch verkraften könnte, und nicht die EU-feindlichen Eskapaden, die meist für den internen Gebrauch inszeniert werden. Die größte Gefahr der jetzigen polnischen Regierung liegt in der Zerstörung der politischen Kultur, die z. B. in der Fähigkeit zum Dialog und Konsens mit der Opposition besteht. In ihrer Neigung, Politik mit Ängsten der Menschen zu machen, werden die Leistungen der Vorgänger nicht nur mißachtet, sondern sogar mit Sabotage und Landesverrat in Verbindung gebracht.

Dass die Kontrolle über die Mehrheit der Schlüssel zur Herrschaft in einem neuen demokratischen Zeitalter ist, begriff auch Vladimir Putin. Als sich der enge Vertrautenkreis um den gebrechlichen und alkoholkranken Boris Jelcin für den unscheinbaren Chef des russischen Geheimdienstes, den ehemaligen sowjetischen DDR-Spion Vladimir Putin entschied, ging es um die Sicherheit sowohl für den scheidenden Präsidenten und seine Familie als um eine Perspektive für einflußreiche Geschäftsleute – die Oligarchen. Während Polen bereits in den ersten Monaten und Jahren des Balcerowicz-Plans deutliche Zeichen einer wirtschaftlichen Erholung zeigte, kamen die Turbulenzen in der Sowjetunion erst richtig in den 1990er Jahren – in den bereits erwähnten „лихие девяностые“ („wilde 1990er“) zum Vorschein. Dem Zusammenbruch des alten Regimes und Putsch-Versuch von 1991 folgte die sog. Parade der Unabhängigkeiten, die zur Auflösung alter Produktionsketten führte und die ohnehin labile wirtschaftliche Situation noch weiter verschlechterte.

Ich kann mich noch sehr gut, an die Flugzettel erinnern, die in meiner Heimatstadt am Vorabend des Unabhängigkeitsreferendums verbreitet wurden. Auf diesen Zetteln, verteilt von der prodemokratischen Ruch-Bewegung, einem Äquivalent der polnischen Solidarność stand, dass die Ukraine gemessen an der Produktion der wichtigsten Industrie- und Konsumgüter auf dem gleichen Niveau wie Frankreich oder Großbritannien stand und sie entsprechend schnell aufholen konnte.

Der Loslösung der Ukraine und Weißrusslands – der slawischen Kernrepubliken der UdSSR – folgte auch der blutige Konflikt in Tschetschenien 1994-1996, der 1999 wieder aufflammte. Der verlustreiche Guerilla-Krieg im Nordkaukasus bereitete aber einen günstigen politischen Boden für den neuen starken Mann an der russischen Spitze vor. Der junge und mit seinen Judo-Auftritten werbende Staatsmann begeisterte nicht nur die Armee, sondern gab sich als Beschützer der kleinen Leute und des Staates vor der mächtigen Oligrachen.

Trotz der markigen Worte und Machtdemonstration kam es in den 2000 Jahren zu einer Reihe von Terroranschlägen wie der Geiselnahme im Moskauer Dubrovka-Theater (2002), der Anschlag in der nordossetischen Stadt Beslan 2004. Sie führten aber nicht nur zu einem harten Durchgreifen gegen die Terroristen, sondern auch zur Erweiterung der Befugnisse der Geheimdienste und Überwachung der Zivilbevölkerung. Die Ereignisse in Beslan wurden z. B. als Vorwand für die Aufhebung der regionalen Gouverneurswahlen genutzt. Bereits davor wurde auch die finanzielle Autonomie der föderalen Subjekte eingeschränkt, indem man den lokalen Steueranteil von 51 % (2000) sukzessive auf (2018) 37% reduzierte. Diese Hyperzentralisierung führte zur Schwächung der lokalen Initiativen; abgesehen davon, dass die Gouverneure in Russland vom Zentrum ernannt werden, ergehen 100% der Mehrwertsteuer, Naturressourcen- und Arbeitsversicherungsteuer ans Zentrum.

Die unerhörte Machtkonzentration war nur mit einer bewussten und gezielten Ausschaltung der Medien zwecks der Kontrolle und Einschwörung der Öffentlichkeit möglich. Und so gehörte zu den ersten Schritten von Vladimir Putin, der noch in den 1990er Jahren buchstäblich zum Schatten des liberal-demokratischen St. Petersburger Bürgermeisters Anatolij Sobčak gehörte, die Zwangsübernahme der oppositionellen Medien, z. B. des Senders NTV im April 2001, das 70% des russischen Fernsehpublikums erreichte. Der Grund war die unabhängige Berichtserstattung des Senders über den Tschetschenien-Krieg, die die Unmöglichkeit einer militärischen Lösung betonte und die Verbrechen der russischen Armee beleuchtete. Bei einer überfallartigen Übernahme durch den halbstaatlichen Konzern „Gazprom“ bekam NTV eine neue Direktion, die unter anderem sofort die beliebte Satiresendung „Kukly“ („Puppen“) schloß, das den Machthunger des neuen Präsidenten anprangerte. Aber auch die Morde und Einschüchterung der Journalisten gehörten bald auf den Tagesplan: Seit Putins Regierungsantritt kamen in Russland 205 Journalisten ums Leben (3. Platz nach dem Irak und Algerien).

Zu den objektiveren Tatsachen der Popularität des neuen starken Manns im Kreml gehörte eine verhältnismäßig liberale wirtschaftliche Agenda. Für viele westliche Unternehmen bot Russland einen riesigen lukrativen Markt, der auch genug Platz für lokale unternehmerische Initiativen ließ (z. B. russische Handelsketten). Einen zentralen Teil der staatlichen Einnahmen stellten aber die reichen Naturressourcen Russlands dar. Ihr Anteil am Staatsbudget stieg sogar von 25% (2000) auf 40% (2018). Bis 2008 bekam auch der russische Mittelstand vom wirtschaftlichen Wachstum etwas mit. Der Lebensstandard ließ sich an beachtlichen Verkaufszahlen westlicher Konsumgüter: Autos, Smartphones, Baumaterialen bis zum sprichwörtlichen „Urlaub in der Türkei“ und massenhafter Wohnungsrenovierung („evroremont“) messen. Nach der Verhaftung des Milliardärs Michail Chodorkovskij war aber die Grenze für die Zivilgesellschaft und ihre Förderer gezogen. Konsum und wirtschaftliche Aktivität ja, aber keineswegs ein politisches Engagement zugunsten der Opposition.

Es brach das Zeitalter des Kapitalismus aus, der durch seine Härte mit Recht den Namen Turbokapitalismus bekam. Der Staat zog sich zunehmend aus dem sozialen Bereich zurück, wie z. B. das Gesundheitswesen veranschaulicht: Die Ausgaben sanken von 14,2% (2013) auf 7,8% (2018). Das sowjetische Paradigma von Selbstlosigkeit, Idealismus und Kollektivismus kippte in sein Gegenteil – in einen ruchlosen sozialen Darwinismus und in die Verantwortungslosigkeit der politischen Entscheidungsträger. Dies verursachte auch einen großen Bruch zwischen den Generationen, und natürlich wurden für die Mißstände der Westen, vor allem die USA schuldig gemacht.

Zu den Gewinnern der neuen Ära gehörten neben den neuen Superreichen die Staatsmonopole – in der Regel Erdöl- bzw Erdgas gewinnende Unternehmen, die meist großzügige Steuerentlastungen genossen. Zum Markenzeichen der neuen staatlichen Wirtschaftspolitik wurden auch riesige und meist ineffiziente Infrastrukturprojekte: Gaspipeline Sachalin-Chabarovsk-Vladivostok, das 500 Milliarden Rubel kostete, kaum aber zu 40% Auslastung aufwies (seit 2016 ist die Auslastung geheim), die Winterlympiade in Sotschi (50 Mlrd. Dollar), die jüngste WM in St. Petersburg oder der Bau der Krim-Brücke. Die überteuerten Mega-Projekte dienten in erster Linie dem Vorteil eines engen Personenkreises um den russischen Präsidenten, hauptsächlich seiner Kollegen aus dem KGB oder seiner Freunde aus dem St. Peterburger Judo-Verein wie den Brüdern Rotenberg, die zu führenden Aktionären der staatlichen Monopolunternehmen aufstiegen oder Staatsaufträge in Milliardenhöhe bekamen. So kostete die berüchtigte Krim-Brücke, deren Bau nach der Annexion der Krim 2016 in Angriff genommen wurde, 220 Mlrd Rubel/ca. 4 Mlrd USD und stieg somit zur fünfteuersten Brücke der Welt und teuersten Brücke Europas auf. Den staatlichen Großauftrag bekam der ehemalige Judo-Sparringpartner von Putin, Arkadij Rotenberg, ein ehemaliger Sport-Dozent der Akademie des Inneren, dessen geschäftlicher Aufstieg synchron zu dem Vladimir Putins verlief. Innerhalb kürzerster Zeit besetzten Leute wie Rotenberg zusammen mit einigen willigen Oligarchen wie dem „Chelsea“-Besitzer Roman Abramovič oder Viktor Veksel’berg Top-Positionen der russischen und internationalen Milliardärslisten (vierter Platz nach Indien, Deutschland, China und den USA) und begründeten den Mythos des russischen Neureichtums.

Sehr bald zeigte sich aber, dass Putins Kalkül, ein hybrides System aus staatlich-monopolistischem Kapitalismus und einer „gelenkten“ Demokratie zu etablieren, nicht aufging. Während die Wachstumsraten in Russland Mitte der 2000 bis 8,5% betrugen, sanken sie 2016 auf -0,8%. Trotz gewaltiger Investitionsprojekte, der Versprechen einer Modernisierung (z. B. das russische „Silicon Valley“ Skolkovo) und des angekündtigen Kampfes gegen die Armt stagniert die russische Wirtschaft. Die Hauptursache sind nicht die fallenden Ölpreise oder die aufgrund der Krim-Annexion verghängten Sanktionen, sondern die grassierende Korruption und dementsprechend ineffiziente und ungerechte Verteilung der öffentlichen Gelder („распил“).

Hier zeigte sich ein weiteres Mal, das im Gegensatz zu anderen rohstoffabhängigen Volkswirtschaften wie Saudi-Arabien die wirtschaftliche Prosperität in Russland einen funktionierenden Rechtsstaat und Transparenz in den Regierungsgeschäften braucht, beides Faktoren, die Putin während seiner Regierungszeit systematisch aushöhlte. Dazu gehörte der hohe behördliche Druck auf die wirtschaftlichen Aktivitäten der Bürger, Enteignungen („отжим“) lukrativer Unternehmen und grundsätzlich eine hohe Investitionsunsicherheit (Fall Sergej Magnitskij); russische Unternehmen werden häufig als private Existenzgrundlage der korrupten Beamten, besonders aus dem Sicherheitsapparat betrachtet. Diese Probleme kündigten sich bereits im Umgang mit dem Erbe des erfolgreichsten russischen Erdölkonzerns „Jukos“ von Michail Chodorkovskij, in der Verfolgung des Medienmagnaten und NTV-Besitzers Vladimir Gusinskij oder Boris Berezovskij an, die es wagten, in die Opposition zum neuen Präsidenten zu gehen.

Es ist bemerkenswert, und hier kehre ich zu meiner Hauptthese wieder zurück, dass die russische Führung ähnlich wie in Polen auf die wachsenden inneren und äußeren Spannungen mit dem Ankurbeln des Nationalismus und Patriotismus antwortete. Ein Teil seiner Legitimität bezog Vladimir Putin aus dem Versprechen, Russland nicht nur zu erhalten, sondern seinen Status einer geopolitischen Supermacht zu erneuern.

Wie in Polen kam es zur paradoxen Gleichung: Je größer die Machtkonzentration im Kreml und entsprechend politische und soziale Spannungen im Lande, desto wichtiger die historischen Höhepunkte der russischen bzw. sowjetischen Geschichte, z. B. die Verklärung des Zarenreiches des 19. Jahrhunderts oder die Überhöhung des Sieges über Nazi-Deutschland. Während der frühen 1990er Jahre die Hoffnung auf eine Aufarbeitung der Vergangenheit, Destalinisierung und Humanisierung des historischen Diskurses existierte, wurde nun die offizielle Geschichtspolitik immer aggressiver und militaristischer. Die berühmte traditionelle Militärparade am 8. Mai wandelte sich zunehmend zu einem Akt politischer und militärischer Machtdemonstration, das Andenken an die ungeheuern Opfer des Krieges und ihrer Ursachen trat unmerklich in den Hintergrund. Seit Beginn des Ukraine-Krieges kann man bei solchen Anlässen immer häufiger auch Autos mit dem Aufkleber „На Берлин!“ („Nach Berlin!“).

Besonders gut lassen sich diese Tendenzen am russischen Film demonstrieren. Während Ende der 1980er – Anfang der 1990er Versuche zur filmischen Reflexion des Stalinismus und notorischen Machtmißbrauchs seitens des übermächtigen Staatsapparats unternommen wurden („Холодное лето 53“/ „Der kalte Sommer 53“, „Опаленные солнцем“/ „Die Sonnengesengten“, „Вор“/ „Der Dieb“, „Груз 200“/ „Die Ladung 200“), so wichen sie seit Ende der 1990er Produktionen, die militärische Macht des Zarenrusslands („Турецкий гамбит“/ „Das türkische Gambit“), der Sowjetunion oder in den aktullen Tschetschenien-Kriegen („Война“/ „Der Krieg“, „Брат 1/2“ / „Bruder 1/2“) verherrlichten. Ihr Protagonist war meistens ein Offizier der russischen Armee, der russischen Geheimdienste oder der Elitekampftruppen „specnaz“. Seine Standhaftigkeit, der Umgang mit Waffen aller Art und gute Manieren wurden der allgegenwärtigen Korruption, sozialen Atomisierung oder dem verderblichen Einfluß des Westens entgegengesetzt. In einer Schlüsselszene von „Der Bruder 2“ zweifelt der Protagonist, der ehemalige Tschetschenien-Veteran Danila Bodrov die kapitalistische Maxime der Geldherrschaft an, die sein Widersacher, der gierige amerikanische Geschäftsmann Richard Mannis verkörpert: „Wo liegt die Kraft? Wirklich im Geld? Mein Bruder sagt auch, im Geld. Ich denke, die Kraft liegt in der Wahrheit. Wer die Wahrheit hat, der ist stärker.“ Die antimaterialistische Wahrheitssuche und Kapitalismuskritik sollte ebenfalls zur Grundlage der neuen „russischen Idee“ werden, bloss erwies sich diese öffentlich wirksame Formel in der Praxis als Maske sowohl des eigenen ausbeuterischen Regimes als auch Tarnung für zynische Macht- und Realpolitik.

Die Mobilisierung national-patriotischer Affekte verwickelte die russische Gesellschaft in große Widersprüche: Einerseits verbesserte die patriotische Einschwörung der Russen die Umfragewerte des Präsidenten, der sich nun als nationales Alphatier verstand und gern halbnackt auf dem Pferd posierte, gleichzeitig drohte sie die multiethnische und multikonfessionele Russische Föderation auf neue Zerreißproben zu stellen. Entsprechend fuhr die neue Administration einen verwirrenden Zickzackkurs: Einerseits förderte sie den großrussischen Chauvinismus, antiwestliche Verschwörungstheorien, andererseits lehnte zumindest auf dem Weg der Lippenbekenntnisse eine Diskriminierung der Minderheiten und Konfessionen ab; eine Politik, die an die bereits vertrauten Modelle des sowjetischen Internationalismus anknüpfen konnte.

Die Widersprüchlichkeit des neuen ideologischen Kurses, der einerseits einen dritten russischen Weg proklamierte und damit so etwas wie eine nationale Solidargemeinschaft und Schutz vor den Auswüchsen des Kapitalismus suggerierte, andererseits aber die eigene Bevölkerung und die Naturressourcen für das Luxusleben im Westen ausbeutete, spiegelte sich auch im Aufstieg neuer-alten politischen Kräfte, z. B. der kommunistischen Partei oder sogar der National-bolschewistischen Partei Russlands. Anstatt ernstzunehmender Opposition wie der liberal-demokratischen Jabloko-Partei oder des Bloggers Aleksej Naval’nyj wurde der Zugang zu staatlichen Medien den alten Kommunisten oder ominösen Rechtspopulisten wie Vladimir Žirinovskij gewährt. Vor ihrem Hintergrund konnte sich Vladimir Putin im Inneren und nach außen als ein besonnener Mann der Mitte, ein moderner Pragmatiker profilieren.

Dennoch gewann die radikale und teilweise abstruse Rhetorik der Pseudoopposition immer mehr Einfluss auf das Klima in der russischen Gesellschaft, die sich mit der Zuspitzung der Wirtschaftkrise zunehmend von Feinden umgeben sah und nun in der neuen Militärdoktrin 2010 das Recht auf einen Präventivschlag diskutierte. Einmal aus der Flasche der Zensur freigelassen, schienen die Dämonen der Geschichte vielmehr die Rhetorik des als pragmatisch geltenden Präsidenten zu verdrängen.

In dieser Atmosphäre und nach den Erfahrungen des Georgien-Krieges, der die Popularität des Regimes ankurbelte, war es nur eine Frage der Zeit, an welcher der Problemzonen der langen russischen Grenze ein neuer Konflikt ausbrechen würde. Denn die russische Militärdoktrin von 2010 hielt nicht nur das Recht Russlands auf einen Präventivschlag fest, sondern auch das Recht „[Z]um Schutz der Interessen der RF, der Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit“, russische Truppen auch außerhalb der RF einzusetzen. Endlich sollte sich Russland, wie Staatsmedien verkündeten, „von den Knien erheben“.

Eine passende Gelegenheit für die angekündigte „Erhebung“ bot der bürgerliche Konflikt in der Ukraine, vor allem der überraschende Sturz des autoritären Präsidenten Viktor Janukovyč im Zuge der Euromaidan-Revolution. Aber erlauben Sie mir an dieser Stelle einen kleinen Abstecher in die Vorgeschichte des Konflikts, die uns auch die Ursachen und Dynamik des aktuellen „eingefrorenen Krieges“ in der Ostukraine erhellen wird.

Im Gegensatz zur russischen Bevölkerung, die stark unter den Phantomschmerzen der zerfallenen sowjetischen Heimat („größte geopolitische Tragödie des 20. Jhrs“), aber auch unter einem reellen Statusverlust in den ehemaligen Satellitenrepubliken litt, lagen die Stimmungen in der Ukraine etwas anders. Wie ich Ihnen bereits anhand der Unabhängigkeits-Kampagne gezeigt habe, verloren die meisten Ukrainer den Glauben an die Sowjetunion als gemeinsame und prosperierende Heimat; beim Referendum vom 1.12.1991 votierte die überwältigende Mehrheit (90,32%) für den Austritt aus der UdSSR, sogar auf der Krim sprachen sich (über 54%) für die Unabhängigkeit. Gleichzeitig waren die Motivationen regional unterschiedlich. Während im russophonen Osten und Süden meist pragmatische Gründe überwogen – die Hoffnung auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen unter der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu Russland, hatte die Unabhängigkeit in der Westukraine einen symbolischen Mehrwert – sie war das Ziel der dort starken Nationalbewegung, ein Traum von einigen Generationen, die nach den Erfahrungen der Marginalisierung unter der polnischen, österreichischen und russischen Dominanz nur im eigenen Nationalstaat Garantie für eine ungestörte kulturelle und wirtschafts-politische Entwicklung sahen. Und für diesen Staat wurden spätestens seit dem Bürgerkrieg 1917-1919, dem Zweiten Weltkrieg große Opfer gebracht.

Von einer politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Moskau profitierten auch die alten und neuen regionalen Eliten, die nun selbst über die ehemalige Kornkammer regieren und die lästige Kontrolle des Zentrums abschütteln konnten. Denoch erwies sich das Aufholen von Frankreich und Großbritannien als Illusion: Die marode Wirtschaft brauchte hohe Modernisierungs- und Investitionskosten, der korrupte Staats- und Sicherheitsapparat betrachtete seine Bürger immer noch als potentielle Verbrecher und „Milchkühe“ und schuf keine gute Grundlage für ihre Aktivitäten. Und im Gegensatz zu Russland hatte die Ukraine nicht die immensen Ressourcen – sie konnte sich hauptsächlich auf Teile ihrer Schweindustrie (Stahlindustrie) und auf den maroden Bergbau verlassen.

Nicht zuletzt aufgrund der Tschernobyl-Katastrophe und der Erinnerungen an die brutale Kollektivierung der 1930er Jahre hatte die sowjetische Ideologie wenige Anhänger; ein Geheimdienstoberst wie Putin an der Staatspitze wäre nicht mehrheitsfähig gewesen. Dieser friedliche Übergang in die Unabhängigkeit im Vergleich zu Russland oder anderen Sowjetrepubliken wie Georgien oder Azerbajdzhan, wo es zu kriegerischen Auseinandersetzungen kam, wurde auch zum Gründungsmythos des Landes, der während des Euromajdans 2014 und danach auf eine harte Probe gestellt wurde.

Das ideologische Vakuum nach der sowjetischen Ideologie wurde zunächst durch den harten Überlebenskampf der 1990er Jahre und vaage Hoffnungen auf eine Annäherung an Europa gefüllt. So gab die Ukraine 1996 ihre Atomwaffen ab und versuchte einen modus vivendi mit Russland zu finden, von dessen Gaslieferungen das Land stark abhängig war. Die neuen ukrainischen Eliten rekrutierten sich weniger aus dem Sicherheitsapparat als aus den Kreisen der „roten Direktoren“ und den neureichen Geschäftsleuten, die zu ihrem Vermögen häufig auf dunklen Wegen gelangten, z. B. als Anführer regionaler Mafia-Clans oder Vermittler („прокладки“) bei den Gasgeschäften mit Russland.

Bald zeichneten sich auch regionale Unterschiede ab. Die meisten High-Tech-Betriebe des Westens, die für die Rüstungsindustrie oder für den Konsumbereich arbeiteten, brachen zusammen: Die Lemberger Elektron-Fernseher und Bohrmaschinen aus Dnipropetrovs’k, deren Verkauf Ende der 1980er Jahre im benachbarten Polen ein kleines Vermögen erwirtschaften konnte, wurden nach der Flut hochwertigerer westlicher Produkte obsolet. Aber einige Sektoren der Schwerindustrie wie der Rohrbau, Hütten- und Stahlwerke und teilweise Bergbau konnten die Wende überleben und sich gegenüber der internationeln Konkurrenz (meist dank staatlicher Subventionen) behaupten. Auch in der Ukraine bildete sich das oligarische Wirtschaftssystem heraus, allerdings mit einem starken regionalen Gefälle – die beiden größen „Industrie- und Finanzgruppen“ kamen aus den industriellen Zentren im Osten des Landes: Dnipropetrovs’k und aus der Region Donbas (Donec’ Becken) mit der Hauptstadt in der Stadt Donec’k. Das zweite war einerseits durch seine enge Verbindungen zur organisierten Kriminalität andererseits durch die Kontrolle über die Bergarbeiter berüchtigt, die es jederzeit als Druckmittel gegen Kyiv einsetzen konnte. Nachdem die Macht in der Region gesichert war, blieb die letzte Machtbastion – das Präsidialamt und die Kontrolle über das Zentrum Kyiv übrig. Dennoch scheiterten die Wahlmanipulationen des prorussischen Viktor Janukoyč an der Orangenen Revolution, die den prowestlichen Bankier Viktor Juščenko zum Präsidenten und die ehemalige Energie-Managerin Julia Tymošenko zur Premierministerin machte.

Im Großen und Ganzen wirkte sich aber der Zusammenbruch alter Handelsbeziehungen und Lieferketten negativ auf die ukrainische Wirtschaft aus. Eine große Verarmung hatte ähnlich wie in Polen Massenentlassungen und eine starke Auswanderung zur Folge. Die Migrationsbilanz allein meiner Familie sieht folgendermaßen aus: zwei Cousines in Spanien, der Vater kurzfristig in Portugal, eine Cousine in Rom, zwei weitere Cousinen in Frankreich, ein Cousin in New York, ein Onkel in Canada, ein Onkel in Norwegen und eine Cousine in Polen. In Zahlen ausdrückt schrumpfte die Bevölkerung der Ukraine im Zuge der Unabhängigkeit von knapp 52 (1991) auf 44 (2017) Millionnen Einwohner zusammen.

Dennoch erwies sich die prodemokratische Allianz von kurzer Dauer. Zerrütet durch interne Machtkämpfe, angeschlagen auch durch die Wirtschaftskrise 2008 zerfiel die orangene Koalition. Es passierte das Unfassbare: Im Kopfrennen mit Julia Tymoschenko wurde der zweimal vorbestrafte Viktor Janukovyč trotz seiner Vergangenheit und einschlägiger Manieren zum Präsidenten der Ukraine mit 3,5% Vorsprung vor Tymošenko gewählt. Gleich nach seinem Sieg begann er eine Abwicklung der fragilen ukrainischen Demokratie, indem er führende Oppositionspolitiker wie seine Rivalin Tymošenko oder Jurij Lucenko verfolgen und ins Gefängnis einsperren ließ. Bemerkenswerterweise entging sein Hauptopponent Viktor Juščenko einer stafrechtlichen Verfolgung, seine Fehde mit Julia Tymoschenko ging so weit, dass er klar Viktor Janukovyč favorisierte.

Auch die einfachen Bürger bekamen den Machtwechsel zu spüren: Die erste Welle der Enteignungen („Raidertum“), Zwangsbeteiligungen und eines Elitenwechsels in der Verwaltung kam ins Rollen, es war klar, dass Janukovyč das Land nach dem Beispiel seiner Heimatregion als eigene Sinekure betrachtet. Innerhalb kürzester Zeit kam seine Familie in den Besitz von lukrativen Unternehmen und baute das Land zu einer feudalen Abgabenpiramyde um. Mit der Verfolgung der Opposition und Aufrüstung des Polizeiapparates wurde ferner deutlich, dass der bullige Präsident für lange Zeit gekommen und die Macht nicht mehr so leicht aus der Hand geben wird wie 2004.

Zugleich bestand ein landesweiter Konsens, dass sich die Ukraine in die EU integrieren soll. Der Großteil der ukrainischen Gesellschaft erhoffte damit, den amtierenden Präsidenten wenn nicht von innen, dann zumindest von außen in die Pflicht nehmen zu können. Die zusammen mit Polen ausgetragene Europameisterschaft 2012 wurde daher beinah als Vorbote eines EU-Beitritts empfunden, entsprechend hoch waren die Erwartungen an die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens in Vilnius im November 2013.

Ähnlich wie in Russland und Polen reagierte die ukrainische Gesellschaft auf die Verschärfung der innennpolitischen und wirtschaftlichen Zustände mit einem Rückgriff auf die Vergangenheit. Je größer die Korruption und Mißstände, desto bedeutender wurden die historischen Vorbilder – der Freiheitsmythos der Kosaken und der Heldenkult um die nationalistische Ukrainische Aufstandsarmee, die von der OUN (1929 in Wien) gegründet wurde. Die OUN orientierte sich an den faschistischen Bewegungen in Westeuropa, aber auch am Balkan (Kroatien und Rumänien) und kollaborierte vor dem Krieg und bis 1943 mit den Nazis. Nach 1943 wandte sie sich gegen sie, organisierte ethnische Säuberungen gegen Polen in Wolhynien und lieferte sich einen erbitterten Guerillakampf mit der nun siegreichen Sowjetmacht. Für diese Aktionen wurden die Mitglieder der UPA, ihre Familien und die Zivilbevölkerung in ihrem Operationsgebiet hart verfolgt, was ihnen den Status der nationalen Märtyrer und Freiheitskämpfer einbrachte. Ein Teil der UPA-Partisanen schlug sich bis in die amerikanische Besatzungszone durch, emigrierte nach Kanada, in die USA, Australien und Großbritannien, und stilisierte in einem nun demokratischen Kontext die nationalistische Widerstandsbewegung zu einem antitotalitären Kampf sowohl gegen das stalinistische als auch nazistische Regime. Die Grundlagen ihrer Ideologie – der Traum von einem monoethnischen Nationalstaat und einer Führerpersönlichkeit wurden nie ernsthaft revidiert. Als Anfang der 2000er Jahre nach der Überwindung der akuten Wirtschaftskrise die Fragen der kulturellen Identifizierung und Geschichtspolitik wieder an Aktualität gewannen, wurden die nationalistischen Guerillas sogar als Wegbereiter einer demokratischen Ukraine verklärt. Dazu kam eine Dämonisierung und Externalisierung der sowjetischen Periode. Das kommunistische Regime wurde als eine von außen, von den russischen Bolschewiken aufoktroyierte Ordnung gesehen; in diesem Zusammenhang wurde die infolge der Kollektivierung 1932-33 entstandene Hungersnot zu einem nationalen „Holocaust“ – d„Holodomor“ umgedeutet. Eine weite Beteiligung der Ukrainer am sowjetischen Experiment, Zwangskollktivisierung und z. B. Getreiderequirierungen wurde ausgeblendet, als verantwortlich nur die oberste Parteispitze in Moskau erklärt.

Die nationalistische Wende in der Geschichtspolitik, die vor allem der Präsident Viktor Juščenko forcierte, führte zu einer wachsenden Entfremdung nicht nur mit Russland, das die ukrainische Selbstständigkeit traditionell als westliche Verschwörung betrachtete, sondern auch mit der russophonen Bevölkerung des Landes. Dennoch sah es eine Zeitlang so aus, als ob sich diese beiden Bereiche – das aktuelle Leben mit seinem Überlebenskampf und Geschichtspolitik, die meist Experten und Aficionados beschäftigte, nicht kreuzen.

Es zeigte sich aber, dass sie sich sehr wohl und mit fatalen Folgen überschneiden können. Als der Präsident Janukovyč auf russischen Druck seine Unterschrift unter dem Assoziierungsabkommen mit der EU verweigerte, kam es in Kyiv zu einem Studentenprotest. Vor allem die jüngere Generation, die inzwischen in den Genuß des bescheidenen Wohlstandes und der Reisefreiheit kam, fürchtete eine Annäherung an die von Russland dominierte Zollunion. Die brutale Auflösung des friedlichen Protests mit der Begründung der Weihnachtsdekorierung wurde wörtlich wie ein Anschlag auf die Zukunft der Ukraine empfunden und führte zu noch größeren Protesten. Jedoch ignorierte Viktor Janukovyč hartnäckig die Forderungen der Protestierenden und Opposition, erhöhte sogar den Druck auf sie. Nach gescheiterten Auflösungsversuchen kam es zu Entführungen und Mißhandlungen der Aktivisten und zu den Gesetzen vom 16. Januar, die die Versammlungsfreiheit einschränkten sowie zu den ersten Toten.

Die Brutalität der Polizisten und demonstrative Ignoranz Janukovyč’, der den Konflikt aussitzen wollte, führte aber dazu, dass sich auch ein Teil der Protestierenden radikalisierte und eigene Selbstverteidgungseinheiten formierte. Es kam zu Schlachten mit der Polizei, Besetzung von Regierungsgebäuden und Errichtung von Barrikaden. Obwohl der Euromajdan für mehrere Wochen ein Musterprotest war, bei dem die Protestteilnehmer Wunder der Selbstorganisation (Essensausgabe, Übernachtung, medizinische Versorgung), Solidarität und Zivilität demonstrierten, waren die Menschen bereit, mit der Polizei zu kämpfen und für ihre Ideale zu sterben. Und dabei spielten meines Erachtens die Geschichte bzw. die historischen Mythen eine entscheidende Rolle.

Ich habe bereits erwähnt, dass die Verschärfung des sozialen und politischen Antagonismus zu einer Renaissance der Helden- und Opfermythen führte. Der ältere Kosakenmythos suggerierte, dass die Ukraine – immer im Gegensatz zu Russen – eine freiheitsliebende Nation sind und ähnlich wie Polen für ihre Freiheit das Leben opfern können. Dieses Opfer- und Heldennarrativ unterstützte auch die Umdeutung der oben genannten nationalistischen Guerillas im Sinne einer ukrainischen Resistance gegen Hitler und Stalin, die, wenn es sein musste, sich in ihrem Bunker mit den NKVD-Verfolgern auch sprengen konnte.

Solche Vorstellungen ließen wenig Platz für einen Kompromiß, geschweige denn eine Niederlage zu, vielmehr legten sie Opfer- und Kampfbereitschaft als die einzige ethische und politische Lösung zu. Im Zuge der Austreibung des Sowjetischen aus der ukrainischen Geschichte wurde Janukovyč, wenn nicht als zweiter Stalin, dann als Lokalauflage von Putin empfunden. Für Majdan-Anhänger bedeutete daher eine Kapitulation vor Janukovyč eine Rückkehr in die 1930 Jahre – die absolute Willkür des Sicherheitsapparats, den Beginn der Repressionen, die Fortsetzung der Russifizierung und das Ende der Politilk, eine Rückkehr zu Russland, nach Eurasien und der Abschied vom europäischen Traum. Und sie waren nicht bereit, weitere 70 Jahre auf den Zusammenbruch des neuen Systems zu warten.

Diese apokalyptischen Stimmungen spiegelten sich auch in der Populärkultur. So thematisierte das historische Filmdrama „Поводир“ („Der Anführer“, 2013/14), das die Öffentlichkeit im November 2013 erwartete, einen fiktiven Aufstand gegen die Sowjetmacht, der sich in der Ukraine während der Hungersnot 1932-33 anbahnte. Seine Anführer waren aber keine politischen Organisationen oder Intellektuellen, sondern die Kobsaren – die traditionellen wandernden Bänkelsänger, die die Kosakenheere begleiteten und die ukrainischen Romantiker wie Taras Ševčenko mit Vorstellungen vom Goldenen Zeitalter der Freiheit inspirierten. Das war die historische Brille, die die Wahrnehmung der Gegenwart verzerrte und die Menschen zu einem radikalen Widerstand motivierte. Diese Entschlossenheit spiegelten auch die Symbole der Demonstrierenden, die z. B. die Slogans der Nationalisten aus der Zwischenkriegszeit übernahmen: „Ruhm der Ukraine! Ruhm den Helden! Ruhm der Ukraine! Tod den Feinden!“; diese Worte wurden zwar auf die heutigen Bürgerrechtler und Aktivisten umgedeutet, führten aber deutlich über die Zivilgesellschaft und Demokratie hinaus.

Der Rest ist wiederum eine bis heute andauernde Tragödie. Der Fall des verhaßten und kleptokratischen Janukovyč-Regimes löste eine Kettenreaktion aus. Das entstandene Machtvakuum und der Zusammenbruch selbst der korrupten Staatsgewalt provozierten einerseits Ängste der russophonen Wähler von Janukovyč, nun ohne Schutz und politische Vertretung zu sein; Vladimir Putin sah wiederum die Ukraine aus der geopolitischen Einflussphäre Russlands davonschwimmen. Durch seine geheimdienstlichen und kirchlichen Netzwerke sowie eine massive Propaganda im russischen Staatsfernsehen wurde nicht nur die Ablösung der Krim, sondern auch die lokalen Antimajdans und Volksabstimmungen inszeniert, die nun die Staatsorgane besetzten und sich zunehmend bewaffneten. Nachdem die überraschte ukrainische Führung aus Angst vor Blutvergießen die Krim verlor, war sie nun entschlossen, die Kontrolle über die von Separatisten besetzten Gebiete im Kernland um jeden Preis zu behalten. Die ukrainische Armee stand schon vor Donec’k als die Einmischung Russlands durch Militärpersonal, massive Waffenlieferungen und Raketenbeschuß vom russischen Territorium die ukrainische Offensive stoppte – bei der Stadt Illovajs’k, bei der die ukrainische Armee gegen 1000 Opfer an einem Tag (03.09.14) zu beklagen hatte. Erst das Minsker Friedensabkommen (15.09.14) brachten die Waffenruhe in einen heißen Krieg, dessen Bilanz für sich spricht: zwei Millionen Binnenflüchtlinge, mind. 20.000 militärische und zivile Opfer, zerstörte Landschaften und Stätde am Rande einer humanitären und ökologischen Katastrophe sowie eine dramatische Verschlechtung der wirtschaftlichen Situation (300% Inflation; zweistellige Erhöhung der Gaspreise etc.).

Die Vertreibung von Janukovyč brachte aber viel Hoffnung und Selbstbewußtsein in die Zivilgesellschaft. Mit den neuen Wahlen kamen neue und vielversprechende junge Aktivisten ins Parlament. Viele wichtige Reformen wurden auf den Weg gebracht – Dezentralisierung, der Kampf gegen die Korruption durch die Schaffung von Antikorruptionsstellen, bessere Kontrolle öffentlicher Ausschreibungen, Polizeireform. Dennoch wird der Schatten des Krieges immer dunkler. Und er bedroht nicht nur die ukrainische Wirtschaft durch den Abbruch wirtschaftlicher Beziehungen, selbst Flug-und Eisenbahnverbindungen, sondern zerstört wörtlich zahlreiche ukrainische Familien durch den Tod, Verstümmelung ihrer Angehörigen oder psychische Traumatisierung. Die ständige Mobilisierung gegen den Feind und Gegenpropaganda wurden zu einer ernsthaften Gefahr für die ukrainische Demokratie selbst. „Wir werden dem russischen Bären die Zähne ausschlagen“, verkündete vollmundig der Präsident Poroschenko, dessen Lager die Rückschläge im Kampf gegen die Korruption die steigende Verarmung der Bevölkerung gern der russischen Sabotage und dem Kriegszustand zuschreibt.

Die Revolution fraß nicht ihre Kinder, sie selbst überschätzten sich selbst und unterschätzten die politische Komplexität des Konflikts. Eine Annäherung an Russland wird sofort als Verrat am ukrainischen Staat und vor allem an den zahlreichen Opfern interpretiert; die patriotische Mobilisierung macht einen Schritt zurück unmöglich.

Ich konzentriere mich bewusst auf die ukrainischen Probleme, was angesichts des Opferstatus der Ukraine vielleicht etwas ungerecht wirkt, aber eine Lehre aus diesem unmöglichen Krieg ist, dass die Gewaltanwendung selbst zum Schutz der Demokratie oder als Verteidigung gegen den aggressiven Nachbar etwas mit der Gesellschaft macht. Die Gewalt aus den Gräben kehrt nicht nur in die Straßen ihrer Städte in Form von steigender Kriminalität und sozialer Probleme, Militarisierung des politischen Lebens Probleme, sie raubt dieser Gesellschaft einfach die Hoffnung, zersetzt sie von ihnen. Die Folgen für die russische Gesellschaft sind auch verheerend – Verrohung der politischen Sprache und Kultur, Zerstörung guter nachbarschaftlicher und sogar familiärer Beziehungen, aber auch Tausende der anonymen Opfer, in der Regel Freiwilliger, „beurlaubter“ Soldaten und Mitglieder privater Armeen, deren Gräber die Friedhöfe russische Städte säumen, und eine Zeitbombe auch für die russische Gesellschaft sind. Viele von diesen sog. „pasionariji“ (Passionierten) glaubten, zumindest in der Anfangsphase, in der Ukraine gegen eine faschistische Junta und für den Schutz russischer Bevölkerung zu kämpfen. „Novorosija“ oder der „russische Frühling“ wurde dieser blutige Krieg genannt, der eine geistige Erneuerung (sic!) für Russland bringen sollte.

Ich komme zu einem paradoxen Schluß: Der schwächere muss sich bewegen. Und hier trägt die Ukraine nicht nur Verantwortung für das Leben ihrer Bürger, sondern auch für den Rest Europas. Im Falle der Eskalation wären die Kosten eines neuen globalen Krieges horrend. Diese skizzierten Zustände mögen die Vorurteile gegenüber dem barbarischen Osteuropa bestätigen, das nie zum Frieden findet. Aber beim genauen Hinsehen würden man feststellen, dass dieser Konflikt einem irgendwie vertraut vorkommt – wie ein vergessener Alptraum, eine toxische Flaschenpost aus den letzten zwei Jahrhunderten, in denen die Nationen mit Gewalt um ihre Interessen und Territorien stritten. Dies ist der alte Schatten Europas, der nun als Bumerang – und nicht nur im Osten! – zurückkehrt und die Situation zu unserer gemeinsamen Aufgabe macht.